

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3666—3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin, Postabdruck-Konto: Postfach 660, Monatlich 3,00 M (einschl. 70 Pf. Zustell-, Kosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Beistellung

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig, keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Koehnstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts] 15 Pf. • Nr 283

DIENSTAG, 14. JUNI 1932

MORGEN-AUSGABE

Neue Aktivität in Genf

Europäische Lösung

Grandi bereits eingetroffen — Die Amerikaner stoßen wieder vor

Von DR. RICHARD LEWINSOHN,

Berichterstatter der Vossischen Zeitung

PARIS, 13. JUNI

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 13. JUNI

Die für morgen hier bevorstehenden großen politischen Versprechungen haben heute in einigen Unterredungen ein Vorspiel gehabt, die der italienische Außenminister Grandi, der heute früh hier angekommen ist, mit dem Führer der deutschen Delegation, Vossiferer Adolfin, und anderen Delegationsführern hatte. Auf der Berichterstatter der Abrüstungskonferenz, der tschechoslowakische Außenminister Beneš, befindet sich seit gestern ebenfalls in Genf. Bei der Unterredung zwischen Grandi und Adolfin ist dem italienischen Außenminister eine nochmalige schriftliche Zusammenfassung des deutschen Standpunktes überreicht worden, die sich in der Hauptsache auf die Bestimmungen des Versailles-Vertrages und die Deutschland auferlegten Verbote verweist. Dieser Artikulationen sind:

Der englische Ministerpräsident MacDonald mit dem Außenminister Sir John Simon und der französische Ministerpräsident und Außenminister in einer Person, Herriot, hat heute Abend mit einer großen Zahl anderer Mitglieder beider Delegationen in dem fahrgelassenen Pariser Schnellzug 825 Uhr in Genf eingetroffen.

Mit Herriot sind auch Senator de Jouvenel, der wieder in die französische Delegation nach mehrjähriger Abwesenheit eingetrogen ist, und Marcel Ray, der vom Journalisten pöpsig hellebretelnden Kabinettschef des Ministerpräsidenten wurde, hier angekommen.

MacDonalds Pläne

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 13. JUNI

In der heutigen Abendpresse befinden sich Andeutungen über die Pläne MacDonalds für die Abrüstungskonferenz, die zunächst merkwürdig anmuten. Es heißt, daß der englische Premierminister, um eine für die Verhandlungen von Lausanne günstige Vertrauensatmosphäre zu schaffen, der teilnahmslosen Genf-Abrüstungskonferenz eine positive Wendung geben will, und zwar dahin, daß nicht nur ein befristeter — man spricht von zehn Jahren — Rüstungstillstand von den Alliierten und Gesamtländern angenommen werden soll, sondern daß auch eine Zeit politischer Waffenstillstand proklamiert werde, währenddessen alle beim alten bleiben, also vor allem jede territoriale Revision zurückgeschickt werden soll.

Es kommt ind diese Pläne aber jedenfalls nicht. In dieser Form würde heute noch weniger als vor zehn Jahren ein Dislocieren von Deutschland zu erreichen sein. Sicher aber ist, daß MacDonald ganz allgemein die Möglichkeit einer freiwilligen Beistellung eines Paktes, der jede eventualitäre Revision ausschließt, vorzuzieht, und daß er gern ein Abrüstungsmoratorium sehen würde. Die Gefahr bei alledem ist, daß MacDonald leicht gegen eine Seite eingekommen wird, die seinen idealen Konzeptionen ohne weiteres Verhängnis für die großen allgemeinen menschlichen Ziele sich entgegenstellt. In Paris ist man in der Behandlung von Details nicht ungeschickt.

Siehe auch vierte Seite

Die Führer der amerikanischen Delegation, Vossiferer Clegg und Vossiferer Gurnea, sind am Montag mit dem englischen Außenminister Sir John Simon, nachdem mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot und vielleicht alsbald mit den Ministern Englands und Frankreichs gemeinsam Unterredungen haben. In der Reihenfolge dieser Gespräche, mit denen die von dem amerikanischen Staatssekretär Stimson hier begonnene Politik fortgesetzt werden soll, liegt selbstverständlich eine politische Absicht. Die Amerikaner hoffen zunächst, den englischen und dann auch den französischen Außenminister für den von uns vor mehreren Wochen genau charakterisierten amerikanischen Plan gewinnen zu können, der jetzt in revidierter Form einer großen Reihe von Delegierten an der Abrüstungskonferenz zugestellt worden ist.

Dieser Plan heißt, außer dem von Amerika in die Debatte eingebrachten Vorschlag der qualitativen Abrüstung, d. h. der Abschaffung der schweren Artilleriewaffen, auch eine nicht unbedeutende quantitative Abrüstung, und zwar auf der Grundlage der den besiegten Staaten in den Schiedsverträgen auferlegten Entwaffnung. Er soll auch eine Lösung des Problems enthalten, die von dem Spezialkomitee der Vossischen Zeitung verhandelt worden ist, nämlich einem Vergleichsmaßstab für Berufs- und Volksheere aufzustellen.

Reichsrat berät Reichsstat

Inkraftsetzung durch Notverordnung

Wie nunmehr feststeht, wird der Reichsstat für 1932 zunächst dem Reichsrat zur Vorbereitung angelegt werden. Die Vertreter der Landesregierungen haben bei der Konferenz mit der Reichsregierung Wert darauf gelegt, daß wenigstens insoweit der ordnungsgemäße Weg für die Beschließung des Reichsstats eingehalten wird. Nach der Auffassung der Länder ist der Reichsstat in der Sache, die Beratung des Reichsstats als vorzunehmen, auch wenn der Reichstag bereits aufgelöst ist.

Der größte Teil der Einzelteile ist dem Reichsstat vor einiger Zeit eingegangen. Es fehlen noch der Etat des Weidenerbergründungsministeriums, der Etat der Schuldenverwaltung, der Kriegsalten-Etat, der u. a. die Mittel für die Offiziere enthält, und der wichtigste, der Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung, der die Einnahmen und Ausgaben des Reichsstats zusammenfaßt und die Wünsche für die Steuererhebungen enthält. Diese Etats sollen in den nächsten Tagen dem Reichsstat eingehen. Die Reichsstats-Ausschüsse wollen dann am kommenden Montag ihre Beratungen beginnen. Man hofft, daß die Reichsstats-Verhandlungen bis zum Abend, 24. Juni, oder höchstens Montag, den 25. Juni, werden können. Die Reichsregierung beabsichtigt, den Etat dann durch Notverordnung in Kraft zu setzen.

Der neue Etat balanciert nach den Beschlüssen des Reichsstats in Einnahmen und Ausgaben mit etwa 82 Milliarden Reichsmark. Er gilt rückwirkend vom 1. April ab, umfaßt also formal den ganzen Geschäftsjahr, das bis zum 31. März 1933 dauert. Die Notregelung, die für die ersten Monate des laufenden Rechnungsjahres getroffen war, läuft am 30. Juni ab.

Lange Kabinettsitzung

Politik und Finanzen

Das Reichskabinet hat Montag nachmittags mit der Schlussberatung seiner großen finanzpolitischen Notverordnung begonnen. Da diese Notverordnung die Ehemalige Arbeitslosenversicherung, neue Steuern, Haushaltsausgleich, Reichs-, Länder- und Gemeinde-Einnahmen umfaßt und da außerdem noch die zweite Renten-Notverordnung über die Aufhebung des „E.-A.“-Verbots und die neuen Preisse- und Folgevorschriften vor der Abreise des Reichskanzlers nach Lausanne fertiggestellt werden soll, lagen sich die Verhandlungen bis in die späten Abendstunden hin.

Kommunistische Diktatur in Chile?

Schon die letzten Nachrichten aus Chile ließen erkennen, daß sich innerhalb der Revolutionsregierung ein Kampf zwischen der mittleren und der radikalsten Richtung abspielte. Nun haben angelehnt die Nachrichten gesagt: Chile, das Haupt der Revolutionsregierung, ist nach hier eingedrungen. Die neue Regierung heißt unter Leitung des kommunistischen Parteiführers Stalagos, der selber schon gegen Roberto Landt für die Präsidentenschaft war. Ferner gehören der Regierung an: Eugenio Matte als Außenminister, Oberst Gome als Innen- und Kriegsminister und Luis Aguirre als Finanzminister. Sibalgo hat den Kommunismus zur Staatsverfassung erklärt und die Verfassung als Privatvermögen verurteilt.

Die internationalen Unterredungen, die genau vor einem Tage im Park von Chateaux zwischen Britain und MacDonald eingeleitet wurden, sind gestern in den Salons des Quai d'Orsay zwischen MacDonald und Herriot zu Ende geführt worden. Es war ein langes Streitgespräch, und bisweilen schien es, als ob die Kette gerisse und nicht bald zu reparieren wäre. Von den Feinsinnigkeiten, die ihnen in vorigen Tagen einfließen sind und bereiften, haben nur wenige ihr Ziel erreicht: die meisten sind ins Wasser gefallen. Das gnadenbittende Hoover-Moratorium hat sich, so schon es auch zu Anfang ausmach, für Spender und Empfänger als ein zweifelhaftes Geschenk erwiesen, das Schuldener Jahre ist ein Jahr des Unheils geworden. Der Zusammenbruch heuliger Großbanken, die Desorientierung in den Tugenden anderer Länder, die Verschlimmerung der Wirtschaftskrise in Amerika, sind nur Merkmale derselben internationalen Wäremaschine.

Es ist also nicht die nur wachsende Einsicht, sondern auch die wachsende Not, die die Reparationsfrage schließlich der einzigen möglichen Lösung zutreibt. Nach der französisch-englischen Sprache kann man mit großer Wahrscheinlichkeit sagen, daß die Welt in unmittelfarb bevorzogen ist. In man muß dem Schicksal sogar mit eigenen Worten entgegengehen, aber aus ganz anderen Gründen als sonst. Das Optimum, das auf friedlichem Wege überhaupt möglich war, ist erreicht. Lausanne kann eigentlich nur noch Berichtigungen bringen. Jedemfalls wird es größer die diplomatische Fähigkeit bedürfen, um die noch empfindlichen in den Stützen politischer Konventionen nicht zu zerlegen.

Das wesentliche der von den Vossischen in der letzten Woche vorbereiteten und von MacDonald und Herriot gestern befristeten Vereinbarungen liegt darin, daß sich die beiden wichtigsten Reparationsgläubiger zu einer europäischen Lösung durchgegangen haben. Im vorigen Jahre hat auf der Pariser Weltkonferenz Frankreich noch sehr gegen die Schaffung eines Reparationsanteils während des Hooverjahres gekämpft. Das französische Parlament verweigert nicht und erst jetzt wollte es sich Zugeständnisse nicht von den Amerikanern aufzottern lassen.

Das französische Herriot hat aus freien Stücken das zunächst Notwendige getan und die französische und englische Regierung sind überein gekommen, die üblichen Formalitäten des Hoover-Moratoriums, das Hin- und Herziehen von Schuldzahlungen und Geldschleichen nicht weiter fortzusetzen, sondern durch ein genau begrenztes „ablastetes Moratorium“ mit den Reparationszahlungen Schluss zu machen.

Es haben das ungedacht oder vielmehr im besonnen Gegenstand für den Erklärungen der Staatssekretäre Stimson getan, daß die amerikanische Regierung die internationalen Streitigkeiten weder streiten noch fürzen könne. MacDonald und Herriot haben daraus die Konsequenz gezogen, daß es keinen Zweck hat, vor den amerikanischen Präsidenten-Hörsaal noch in Washington zu drängen. Erst nach den Wahlen im November soll, dann allerdings als gemeinsame europäische Aktion, ein neuer Vorstoß in Washington unternommen werden. Der Umstand, daß die nächsten internationalen Schuldzahlungen am 15. Dezember fällig werden, gibt Frankreich und England die Möglichkeit, von sich aus die Reparationszahlungen zu zahlen, ohne daß irgend ein neuemitteltes Gebot für Amerika aufzubringen wären. Doch ist die Tatsache selbst behalbs nicht minder bedeutsam.

Frankreich und England wollen jetzt den Aufschlag Hoovers befolgen, daß Europa mit gutem Beispiel vorangehen müsse, bevor man von den Amerikanern Resten in der Streitigkeitsfrage erwarten dürfte. Dabei liegt richtig die Situation für die weuropäischen Länder gegenüber Amerika unheilvoller als noch in Washington zu drängen. Erst nach 1932 ab von sich aus nur noch ein Teil der Reparations für seine Kriegsschulden an Amerika auszusprechen. Die französische Regierung muß bis zum 15. Dezember zu einem Arrangement mit Washington kommen, wenn sie nicht aus eigenen Staatsmitteln die Schuldentrate bezahlen oder ebenfalls den Schuldentrag übernehmen will. Für die englische Regierung gab das gleiche. Man sieht: Paris und London liegen auf Washington.

Die Vereinbarungen zwischen Herriot und MacDonald schließen aber von jetzt Frankreichs noch ein wichtigeres